

Ausländer widersetzen sich der Zwangsausreise

Von Gaby Szöllösy. Aktualisiert am 09.11.2008 **33 Kommentare**

Seit bald zwei Jahren können die Behörden Ausländer einfacher und länger einsperren, um ihre Ausschaffung zu forcieren. Die Kantone nutzen das Instrument. Doch der Erfolg ist bescheiden.



Zurück in die Heimat: Ein Häftling des Flughafengefängnisses wird ausgeschafft.

Bild: GAETAN BALLY/Keystone

An Fällen mangelt es nicht: Allein im ersten Halbjahr 2008 haben die Kantone insgesamt 1307-mal eine Ausschaffungshaft angeordnet. Das zeigt eine interne Statistik des Bundesamts für Migration (BFM), die dem TA vorliegt. Zwar gab es die Ausschaffungshaft auch im alten Ausländerrecht. Aber die verschärften Zwangsmassnahmen erlauben den Behörden seit zwei Jahren, Ausländer doppelt so lange hinter Gittern zu behalten, nämlich 18 statt 9 Monate. Zudem können sie neu eine Durchsetzungshaft anordnen: eine Art Beugehaft für renitente Ausländer, die mit ihrem Verhalten die Ausschaffung verhindern. Diese Verschärfungen sorgten bei der Abstimmung zum neuen Ausländerrecht 2006 für höchst emotionale Debatten.

Abschreckende Wirkung

Die neue Durchsetzungshaft hat sich inzwischen zu einem gängigen Instrument entwickelt: Die Kantone haben sie in den ersten sechs Monaten insgesamt 73-mal verfügt. Auffällig oft war dies in

St. Gallen (15), Zürich (13) und Luzern (10) der Fall. Die bisher erfassten Daten seien noch nicht aussagekräftig genug, um eine seriöse Interpretation zuzulassen, findet BFM-Sprecher Roman Cantieni. Deshalb wurde die Statistik bislang nicht publiziert. Bereits heute lasse sich aber sagen: «Die Durchsetzungshaft wird insbesondere bei sehr renitenten Personen verfügt.»

Wer direkt bei den Kantonen nachfragt, erfährt mehr: Sieben grössere Kantone glauben an die abschreckende Wirkung der schärferen Zwangsmassnahmen. Ausländer würden eher untertauchen oder ausreisen, statt für lange Zeit ins Gefängnis zu wandern, sagen sie. Bei den bereits Inhaftierten scheint der Erfolg hingegen bescheiden. Jedenfalls geben Zug, Bern und Graubünden an, die Quote der Ausschaffungen habe sich nicht erhöht. Lediglich Basel-Landschaft verzeichnet einen leichten Anstieg. Laut offizieller BFM-Statistik sank die Zahl der Rückführungen zwischen 2006 und 2007 sogar. Dafür stiegen die kontrollierten Ausreisen leicht an.

Auf die Frage, warum der Effekt klein sei, gibt Florian Düblin aus Bern zu bedenken, dass heute mehr Personen aus Ländern stammen, welche die Rückführung eigener Landsleute eher behindern als fördern – wie etwa Algerien. «Möglicherweise kompensiert dies die Wirkung der Zwangsmassnahmen.» Luzern und Graubünden hingegen glauben, die Haftbedingungen seien zu grosszügig. Der hohe Standard verleite viele Ausländer dazu, auch die längere Haft auszusitzen.

Mehr Aggressionen in Zürich

Zürich macht eine andere Erfahrung. «Wir stellen fest, dass die Leute mit der längeren Haftdauer eher aggressiver werden – wir registrieren mehr psychische Auffälligkeiten», sagt Victor Gähwiler, Direktor der Gefängnisse im Kanton. In Einzelfällen hat deshalb der Kanton einen Inhaftierten, der durchzudrehen drohte, auch schon freigelassen. Diese Erfahrung mag auch damit zusammenhängen, dass die Ausländer im Flughafengefängnis einer hohen Lärmbelastung ausgesetzt sind. Da es ohnehin an Kapazitätsgrenzen stösst, plant Zürich 50 neue Gefängnisplätze für Ausschaffungshäftlinge an einem andern Ort.

Die Kantone setzten die neuen Instrumente unterschiedlich intensiv ein:

Der Kanton Zürich hat bisher 37 Ausländer in Durchsetzungshaft genommen – und Hunderte von Personen in Ausschaffungshaft. Die Verschärfungen hätten ein «Signal gesetzt», bilanziert der Leiter des Migrationsamts Adrian Baumann. Die Signalwirkung auf die weggewiesenen Ausländer lasse sich aber nicht quantifizieren.

Der Kanton Bern hat bei 36 Personen eine Durchsetzungshaft angeordnet. Man habe dieses Mittel bis im Sommer zurückhaltend eingesetzt, sagt der Leiter des Berner Migrationsdienstes Florian Düblin. Denn während der Euro 08 seien leere Gefängnisplätze benötigt worden. Seit dem Sommer ordnet Bern die Haft vermehrt an. Doch von den 36 Personen konnten bisher nur 3 auch ausgeschafft werden. «Wir bezweifeln einen statistisch signifikanten Einfluss auf die Anzahl der erfolgten Ausreisen», lautet Dübblins erste, wenig euphorische Bilanz.

Basel-Stadt setzte erst 8 Personen in Durchsetzungshaft und behielt nur wenige Ausländer länger als früher möglich in Ausschaffungshaft. Das neue Regime habe bei einzelnen Personen dazu

geführt, dass sie ihren Widerstand aufgegeben hätten, sagt Migrationschef Michel Girard. «Insofern wurden meine Erwartungen erfüllt, aber sie waren nicht sehr hoch.»

Luzern verordnete 20-mal die Durchsetzungshaft und behielt 8 von 233 Ausschaffungshäftlingen länger als neun Monate hinter Gittern. Es gebe mehr Asiaten und Osteuropäer, die nun kooperierten, sagt Migrationsleiter Andreas Regli. Er fügt aber an, die Mehrheit der abgewiesenen Asylbewerber (vor allem Afrikaner) könne auch mit verschärftem Zwang nicht zur Zusammenarbeit gebracht werden. Dasselbe sagt Graubünden.

Das Bundesamt für Migration bestreitet dieses Malaise nicht. Es hält aber entgegen, im Vergleich zu früher würden mehr Gesuchsteller Papiere vorweisen: «Waren es 2006 noch 24 Prozent, so stieg die Zahl 2007 auf gut 32 Prozent», sagt Cantieni. (Tages-Anzeiger)

Erstellt: 09.11.2008, 21:09 Uhr

Die Redaktion behält sich vor, Kommentare nicht zu publizieren. Dies gilt insbesondere für ehrverletzende, rassistische, unsachliche, themenfremde Kommentare oder solche in Mundart oder Fremdsprachen.

Weinwelt-Angebot der Woche



2006

Vora Negroamaro Salento IGT

Masseria Pietrosa

Cantine San Marzano

CHF 18.50, statt 23.00, 75 cl

Publireportage

Wenn Worte plötzlich grün werden



Da steckt wohl mehr dahinter!

© baz.online